

Antrag der CDU - Ratsfraktion

Öffentlich

Datum

22.05.2003

Nummer

A0069/03

Absender		Wird von der Verwaltung ausgefüllt. Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
CDU-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg 39090 Magdeburg		
Adressat		am 08.01.2004 14:00
Landeshauptstadt Magdeburg Vorsitzender des Stadtrates Herrn Gerhard Heint 39090 Magdeburg		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	05.06.2003 14:00	
Kurztitel		
Prüfung bestehender Regelungen		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle durch die Stadt zu verantwortenden Regelungen auf ihre Mittelstands- bzw. Unternehmensfreundlichkeit hin zu überprüfen (zum Beispiel die Sondernutzungssatzung). Zielstellung ist die Vereinfachung bzw. Aufhebung von Vorschriften zur Erleichterung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Unternehmen.

Der Antrag wird in den Verwaltungsausschuss, in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung und in den Kommunal- und Rechtsausschuss überwiesen.

Begründung:

Auf allen gesetzgeberischen Ebenen gibt es Initiativen, den Dschungel der vorhandenen Vorschriften und Regelungen zu Gunsten unbürokratischer Verwaltungswege zu lichten. Das Bundesland Hessen hat bereits mehrere tausend unzeitgemäßer Vorschriften aufgehoben, gleiches strebt das Land Sachsen-Anhalt mit den bisherigen zwei Investitionserleichterungsgesetzen an. Die Landeshauptstadt sollte diesen und anderen Beispielen folgen. Im Rahmen seiner Kompetenzen kann Magdeburg damit einen kostengünstigen und effektiven Beitrag zur Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung leisten.

Weitere Begründungen erfolgen gegebenenfalls mündlich.



Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender